

60 Jahre AdB – 60 Jahre Mitgestaltung der Demokratie

Aufbruch im 21. Jahrhundert

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) feiert 2019 sein 60. Gründungsjubiläum. Anlass genug, um darüber nachzudenken, was den AdB ausmacht, wo er steht und in welchen Bereichen er sich weiterentwickeln sollte. Auch in einem Themenheft, das sich der derzeitigen und zukünftigen Rolle politischer Bildung in der Demokratie widmet, dürfen eine Bestandsaufnahme aus AdB-Sicht und ein Blick nach vorn nicht fehlen. von Ulrich Ballhausen, Ina Bielenberg und Friedrun Erben

Als der AdB am 8./9. September 1959 in der *Akademie für politische Bildung* in Tutzing noch unter dem Namen *Arbeitskreis Jugendbildungsstätten* gegründet wurde, fiel das in eine Zeit, in der die Spannungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands massiv zunahmen und der *Kalte Krieg* zwischen dem sogenannten Ostblock und den Westmächten das politische Tagesgeschehen nachhaltig beeinflussten. Keine Seite wollte Kompromisse eingehen und das gegenseitige Vertrauen in die Bereitschaft den Frieden zu erhalten, war massiv gestört. Kurze Zeit später wurde die deutsche Teilung durch den Mauerbau zementiert – im wörtlichen wie im übertragenen Sinne.

Zu diesem Zeitpunkt waren schon bald 15 Jahre seit dem Ende des Nationalsozialismus und dem Kriegsende vergangen und der bereits 1945 erklärte Wille der westlichen Alliierten, durch Programme politischer Bildung die Demokratisierung (West)Deutschlands zu entwickeln und zu stabilisieren, hatte Früchte getragen: Es hatten sich eine Reihe von Einrichtungen gegründet, die dann zum Teil Mitglieder im AdB wurden, wie z. B. das *LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho* (1947), das *Wannseeheim* (1951, heute Stiftung wannseeFORUM), das *Internationale Haus Sonnenberg, St. Andreasberg* (1954)

das *Europahaus Aurich* (1956) oder die *Akademie für Politische Bildung* in Tutzing (1957). Bereits vor dem AdB gründeten sich weitere bundesweite Verbände, z. B. der *Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN e. V.* (1948), der *Deutsche Bundesjugendring* (1949) oder die *Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke e. V.* (AKSB) (1952).

Mit der Umbenennung des *Arbeitskreises Jugendbildungsstätten* in den *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten. Unabhängige Institutionen für politische Bildung und Jugendarbeit* im Jahr 1962 und mit der damit erfolgten Festlegung als *Fachverband*, wurde die Ausrichtung auf die Jugend- und Erwachsenenbildung festgeschrieben und damit eine breite Mitgliedschaft ermöglicht, die die Besonderheit des AdB bis heute ausmacht: plural aufgestellt, sowohl was die politische Orientierung als auch die Größe und konzeptionelle Ausrichtung der Einrichtungen betrifft. Diese Pluralität, die politische und konfessionelle Unabhängigkeit, macht ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal des Verbandes im Kreis der Spitzenverbände der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland aus. Es ist ein Potenzial, von dem der AdB immer wieder profitiert. →

Wie hat sich die gesellschaftliche Situation seit AdB-Gründungszeiten verändert! Viele Ereignisse, Entscheidungen und Herausforderungen wären zu nennen, die sich auch auf den AdB und die politische Bildung ausgewirkt haben: zunächst natürlich der Bau der Mauer und die Befestigung der innerdeutschen Grenze, die gleichzeitig auch eine Barriere zwischen Ost- und Westeuropa war; die *Studentenbewegung* in den 60er Jahren, der *Deutsche Herbst* Ende der 70er Jahre, die *Friedensbewegung* der 80er Jahre oder auch internationale Ereignisse wie die Katastrophe von *Tschernobyl* (1986), die das Umweltbewusstsein in Deutschland schärfte. Auf europäischer und internationaler Ebene waren, neben vielen anderen Entwicklungen, etwa der Prozess der europäischen Einigung, die Ostverträge, die Ölkrise oder etwa die KSZE-Akte wichtige Ereignisse.

Sicher stehen aber der Fall der Berliner Mauer, die Öffnung der innerdeutschen Grenze und die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten an einer wichtigen Position. Ohne damit anderen wichtigen und einschnei-



Die jährliche Mitgliederversammlung (hier Nov. 2018) ermöglicht den AdB-Mitgliedern einen intensiven Austausch und die gemeinsame Arbeit an der Strategieentwicklung. Foto: AdB

renden Ereignissen ihre Bedeutung absprechen zu wollen, hatte die Wiedervereinigung doch eine unmittelbare Auswirkung auf die Struktur und Zusammensetzung der Mitgliedseinrichtungen im AdB und ebenso auf die fachliche Entwicklung politischer Bildung. 1990 stand die Frage im Raum, wie es dem AdB gelingen kann, Menschen und Organisationen zu motivieren, sich der Mitgestaltung der Demokratie durch politische Bildung zu widmen, in einen Fachdiskurs einzusteigen, eine eigene Fachlichkeit zu entwickeln und miteinander die politischen Freiheitsräume zu gestalten. Der AdB regte dafür z. B. Veran-

staltungen an, um den Austausch von Multiplikator*innen zu ermöglichen und an einem gemeinsamen Verständnis von politischer Bildung zu arbeiten. Dabei war das damalige jugendpolitische Bundesprogramm „Aus- und Aufbau von freien Trägern in der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern“ (AFT-Programm) hilfreich, weil es neue Beratungsstrukturen unterstützte und Fortbildungsangebote ermöglichte. Im Zuge dessen gründeten sich verschiedene Einrichtungen in den neuen Bundesländern, z. B. das *Herbert-Wehner-Bildungswerk*, Dresden, und *Schloß Trebnitz*, Müncheberg, beide 1992; die *Akademie Schwerin* und die *Jugendbildungsstätte Blossin*, beide 1993.

Unabhängig von diesen umwälzenden Ereignissen wurde im AdB seit seiner Gründung um eine angemessene, kreative und sichtbare Beteiligung an der Entwicklung der Demokratie durch politische Bildung gerungen. Der Slogan „Demokratie braucht politische Bildung“, der den AdB schon lange begleitet und der das mit der Gründung einhergehende Ziel, nämlich mit Bildungsangeboten zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Demokratie beizutragen, auf den Punkt bringt, stand auch für den Wunsch, Strukturen einer außerschulischen politischen Bildung in den neuen Bundesländern zu etablieren. Heute hat der AdB über 100 Mitglieder, davon 20 Mitgliedseinrichtungen in den neuen Bundesländern (sieht man einmal von den Mitgliedsorganisationen mit Einrichtungen in mehreren Bundesländern ab).

Aufbruch im 21. Jahrhundert

„60 Jahre AdB – 60 Jahre Mitgestaltung der Demokratie“ – Das ist ein wichtiger Meilenstein, aber noch lange nicht der Beginn des Ruhestands. Mehr denn je ist die politische Bildung angesichts aktueller sozialer, politischer, gesellschaftlicher und globaler Entwicklungen herausgefordert, ihre Rolle, ihre Angebote und Formate sowie ihr Selbstverständnis und ihre gesellschaftliche Funktion kritisch zu reflektieren. Ein Jubiläum kann deshalb nur Anreiz sein darüber nachzudenken, welche Potenziale in den letzten sechs Jahrzehnten sowohl in den Mitgliedseinrichtungen als auch im Verband insgesamt entwickelt wurden und wie sich der Verband angesichts aktueller Herausforderungen weiterentwickelt muss: Wo sind wir gut aufgestellt und wo gibt es Entwicklungsbedarf?

Es geht um nicht weniger als um einen neuen Aufbruch im 21. Jahrhundert, das ganz neue, aber auch viele altbekannte Herausforderungen mit sich führt. Um nur einige zu nennen:

- sich weitende Horizonte durch die Globalisierung, aber gleichzeitig sich verengende Perspektiven durch einen wachsenden Rechtspopulismus in Deutschland, Europa und weltweit, durch die Verletzung von Menschenrechten, Hassreden und die Zunahme gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit;
- ein Zuwachs an neuen, niedrigschwelligen Formen der Beteiligung durch die digitalen Medien, welche aber nicht zwangsläufig der demokratischen Weiterentwicklung dienen, z. B. wenn sich Fake News und Verschwörungstheorien verbreiten oder Menschen in den Sozialen Medien verfolgt und abgewertet werden und wenn das gesellschaftliche Klima dadurch vergiftet wird;
- die zunehmende Diversität der Lebensweisen, die Ausdifferenzierung der Geschlechterrollen und die (kulturelle) Bereicherung des Zusammenlebens durch nach Deutschland und Europa zuwandernde Menschen, die von vielen als Gewinn, von vielen anderen aber als vermeintliche Bedrohung empfunden werden, was nicht selten zu Ablehnung und Hass führt;

Mehr denn je ist die politische Bildung angesichts aktueller sozialer, politischer, gesellschaftlicher und globaler Entwicklungen herausgefordert, ihre Rolle, ihre Angebote und Formate sowie ihr Selbstverständnis und ihre gesellschaftliche Funktion kritisch zu reflektieren.

- ein wachsender Lebensstandard, der aber unausweichlich auch mit wachsender sozialer Ungleichheit einhergeht, weil viele Menschen den Anschluss verlieren und sozial abgehängt sind;
- eine zunehmende Mobilität und wachsender materieller Wohlstand, die als Ziele lange Zeit ganz oben auf der politischen Agenda standen, die aber unweigerlich in die Klimakatastrophe, zur Verschmutzung der Weltmeere und zur Beschneidung der Rechte von Menschen z. B. auf der südlichen Halbkugel der Erde und damit zu einer noch weiter wachsenden Migrationsbewegung durch Klimaveränderungen führen.

Diese Herausforderungen spiegeln sich in den von den Mitgliedern festgelegten AdB-Jahresthemen (www.adb.de/jahresthema) der letzten Jahre wider, die manchmal nahezu erschreckend aktuell waren, griffen sie doch Themen und Entwicklungen auf, die gerade erst virulent wurden, wie z. B. 2013 die Frage, wie demokratisch es eigentlich in Europa zugeht: Das Jahresthema „Demokratie und Demokratiegefährdung in Europa“ legte den Fokus auf die Entwicklung von Demokratie, Menschenrechten und Pressefreiheit in Europa und thematisierte den erschreckenden Abbau von Bürger*innenrechten in einigen europäischen Staaten. Mit dem Jahresthema 2015 „Globale Migration – Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung“ war der AdB Vorreiter und gut vorbereitet auf die neuen Aufgaben, die auf die politische Bildung nach 2015 zukamen. Aber auch das Jahresthema 2016: „Wie wollen wir zusammen leben? Armut und Reichtum in der Demokratie“, mit dem der AdB auf die wachsende gesellschaftliche Ungleichheit hinwies, griff ein höchst aktuelles Thema auf.

Die Herausforderungen spiegeln sich ebenso in den Positions- und Strategiepapieren wider, die in den Fachgremien des AdB und der Mitgliederversammlung entwickelt und verabschiedet werden (www.adb.de/stellungnahmen). Ganz zentral aber waren und sind diese Herausforderungen in den Angeboten politischer Jugend- und Erwachsenenbildung in den Mitgliedseinrichtungen selbst.

Zwischenfazit: Wo stehen wir im 60. Jahr seit der AdB-Gründung?

Wo stehen wir 60 Jahre nach der Gründung des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten*? Man kann mit Fug und Recht sagen: Der AdB ist gut aufgestellt! Er hat eine stabile, leicht wachsende Mitgliedschaft. Er hat den Bereich der internationalen Arbeit in den letzten Jahren so ausgebaut, dass er mittlerweile als wichtiger Ansprechpartner im internationalen Kontext wahrgenommen wird. Durch eine Vielzahl internationaler Projekte und Kooperationen und die Zusammenarbeit im europäischen Netzwerk DARE (Democracy and Human Rights Education in Europe), bestimmt der AdB die Entwicklung von Citizenship Education – auch durch die Qualifizierung von Fachkräften – maßgeblich mit. Als ein aktuelles Projekt kann das zweijährige Vorhaben „STEPS – Survival Toolkit for EDC in Postfactual Societies“ genannt werden, das sich den Fragen, wie politische Jugendbildung und Menschenrechtsbildung in postfaktischen Zeiten gestaltet und wie die pädagogische Arbeit der Träger und Einrichtungen →

unterstützt werden kann, widmet. Mit dem Fachprogramm „Gr.A.C.E – Greek German Matchmaking on Active Citizenship Education in Youth Work“ begleitet der AdB die Gründung des *Deutsch-Griechischen Jugendwerks* und durch die Mitarbeit in der Koordinationsgruppe zum Prozess *Forschung und Praxis im Dialog: internationale Jugendarbeit* ist der AdB auch im Schnittfeld zwischen Praxis und Forschung aktiv.

Ein wichtiger Innovationsmotor ist das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“, das in der neuen Förderperiode 2017–2022 die inhaltliche, konzeptionelle und methodische Weiterentwicklung durch die Arbeit in den vier Fachgruppen „Digitale Medien und Demokratie“, „Flucht und Migration“, „Erinnerungskultur und Teilhabe“ sowie „Arbeit und Lebensperspektive“ und in den gemeinsamen Projekten und Veranstaltungen vorantreibt. Aber auch darüber hinaus gelingt es dem AdB immer wieder, innovative Ansätze durch große zusätzliche Modellprojekte zu erproben, neue Zielgruppen zu erschließen oder neue Formate zu entwickeln. Stellvertretend genannt seien hier das Modellprojekt „COMMUNIS – Gemeinsam lernen in der politischen Bildung“ im Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ (2007–2009), das das interkulturelle Lernen in der politischen Jugendbildung in den Fokus rückte; das Projekt „Blended Learning DDR“, ein Projekt zur Entwicklung und Erprobung von Konzepten zur deutsch-deutschen Zeitgeschichte (2009–2010) – on- wie offline, oder aktuell das vom *Bundesausschuss für politische Bildung e. V.* (bap) geleitete Projekt „Empowered by Democracy. Stärken. Bilden. Vernetzen“, das junge Menschen mit Fluchthintergrund als Zielgruppe und als Teamer*innen in die politische Bildung einbindet, und in dem der AdB eine tragende Rolle spielt.

Ein weiteres, wichtiges Merkmal des AdB ist die gute Vernetzung sowohl in den Verband hinein als auch darüber hinaus mit den weiteren Verbänden und Trägern der politischen Bildung in Deutschland, mit der Wissenschaft und mit den relevanten Akteuren auf europäischer Ebene.

Also alles gut und in Rente gehen? Das kann nicht sein, denn es gibt nach wie vor viel zu tun.

Aufgabenfelder und Herausforderungen

Im Folgenden werden einige Aufgabenfelder skizziert, deren (Weiter)Entwicklung für den AdB und seine Mitgliedseinrichtungen vor dem Hintergrund der genannten Herausforderungen besonders wichtig ist. Es sind Aufgabenfelder, deren Bearbeitung hilft, den AdB als Fachverband politischer Bildung und als starken zivilgesell-

schaftlichen Partner sowohl für die Politik als auch für die eigenen Mitglieder und weitere zivilgesellschaftliche Mitstreiter noch sichtbarer und zukunftsfähiger zu machen. Diese Aufgabenfelder sind nicht trennscharf, müssen vielmehr miteinander verschränkt diskutiert und umgesetzt werden.

Auseinandersetzung über das Selbstverständnis des AdB und der politischen Bildung

Der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* versteht sich als ein zentraler Akteur politischer Jugend- und Erwachsenenbildung und ebenso als politischer Akteur. Mit seinen Projekten, in der internationalen Arbeit und in der alltäglichen politischen Bildung seiner Mitgliedseinrichtungen gestaltet er die politische Bildung mit, setzt sie in Beziehung zu anderen Professionen, wie z. B. der Sozialen Arbeit, und in Beziehung zu Konzepten wie Civic Education, Citizenship Education, Human Rights Education auf europäischer Ebene.

Der AdB gestaltet durch seine Arbeit, durch die Vernetzung und die Mitarbeit in Gremien auf unterschiedlichster Ebene ebenso den jugend- und bildungspolitischen Diskurs mit. Er reagiert auf aktuelle politische Debatten und übernimmt eine aktive Rolle im Fachdiskurs, z. B. durch die Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“, aber auch durch die Teilnahme an Veranstaltungen, Kongressen und Fachgesprächen sowie in Kooperation mit verschiedenen Hochschulen. Dieses Aufgabenfeld versteht der AdB als Daueraufgabe.

Bereits in den 60er Jahren wurde im AdB diskutiert, ob politische Bildung gesellschaftliche Prozesse nur begleiten soll oder ob diese Prozesse auch durch politische Aktionen befördert werden dürfen. Heute steht diese Frage wieder im Raum: Wie politisch darf oder soll die politische Bildung sein? Ist nicht eine Re-Politisierung der politischen Bildung dringend angesagt? Darf sie „Partei ergreifen“? Diesen Fragen widmet sich nicht zuletzt diese Ausgabe der Fachzeitschrift.

Die Gewinnung neuer Akteure politischer Bildung als AdB-Mitglieder

Die Zivilgesellschaft stellt sich vielerorts neu auf, insbesondere auch in den neuen Bundesländern. Diese Entwicklung ist mitunter befördert durch den Druck, der von demokratiefeindlichen Kräften auf die Menschen, auf Organisationen und Initiativen ausgeübt wird. Der Notwendigkeit neuer Kooperationen und Verbände zur Stärkung der Demokratie muss sich auch der AdB stellen. Daher ist

es eine Aufgabe zu überlegen, wie man die Potenziale, die Ideen, Konzepte und Methoden der Mitgliedseinrichtungen noch besser sichtbar machen kann und wie der AdB ein attraktiver Fachverband für neue Träger im Feld der politischen Bildung – insbesondere auch aus dem Bereich der

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten versteht sich als ein zentraler Akteur politischer Jugend- und Erwachsenenbildung und ebenso als politischer Akteur.

Migrantenselbstorganisationen – werden kann. Das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ hat dafür schon eine hervorragende Struktur; bei der politischen Erwachsenenbildung fehlt es noch an strukturellen Verknüpfungen – sowohl intern als auch mit externen Partnern. Wie kann das, was auf Bundesebene entwickelt, diskutiert und erprobt wird, noch besser an die Basis politischer Bildung transportiert werden? Wie können die Praktiker*innen vor Ort noch mehr Nutzen aus dem Gesamtverband ziehen und Interesse für eine Zusammenarbeit im Verband entwickeln?

Durch den gesellschaftlichen Wandel, durch die Gründung neuer Akteure im Feld, durch neue Ansprüche an Bildungsprozesse, eine höhere Mobilität und die zunehmende Digitalisierung auch im Bereich der politischen Bildung ändert sich aber auch die Rolle der bestehenden Bildungsstätten: Sie öffnen sich in den Sozialraum, gewinnen neue Kooperationspartner, reagieren mit mobilen Formaten auf veränderte Bedürfnisse, gehen raus aus dem umbauten Raum und schaffen neue Bildungsorte.

Die qualitative Ausgestaltung und Weiterentwicklung der europäischen und internationalen Bildungsarbeit

Politik und Gesellschaft kann nicht mehr nur in nationalen Grenzen gedacht werden. Durch die Europäisierung, die Globalisierung sowie die Digitalisierung werden Grenzen durchlässiger und werden die Verflechtungen der Lebens-, Wirtschafts- und Politikbereiche offensichtlicher. Darauf muss politische Bildung reagieren, sowohl in ihrer Themensetzung als auch in der strukturellen Verknüpfung ihrer Arbeit mit internationalen Partnern. Politische Bildung im AdB reagiert darauf in beiderlei Hinsicht, indem

sie zum einen den Bereich der internationalen Kooperationen ausweitet, gemeinsam mit den internationalen Partnern Position gegen antidemokratische Tendenzen in der Gesellschaft bezieht und zeigt, wie Angebote politischer Bildung diesen entgegenwirken können (vgl. z. B. DARE 2018). Antidemokratische Tendenzen verharren nicht mehr in nationalen Grenzen, sie wirken längst in internationalen Dimensionen. Dagegen kann nur eine ebenso internationale Initiative etwas ausrichten (vgl. z. B. Bildungsminister der Europäischen Union 2015), der sich der AdB aktiv anschließt.

Zum anderen setzt sich der AdB dafür ein, dass die politische Bildung in ihrer Gesamtheit internationaler begriffen wird, dass die Themen, Diskurse und die Verortung des AdB selbst im Rahmen völkerrechtlicher Vereinbarungen und Positionen gesehen und verstanden werden (vgl. AdB 2015). In der AdB-Stellungnahme „Die qualitative Vertiefung wagen! Zur Weiterentwicklung der europäischen und internationalen politischen Bildungsarbeit im AdB“ (ebd., S. 4 f.) werden die zentralen Herausforderungen benannt:

- die Internationalisierung der Strukturen und die Vernetzung der Arbeitsfelder sowie die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Einrichtungen,



Im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ erfolgt die inhaltliche, konzeptionelle und methodische Weiterentwicklung politischer Bildung. Foto: AdB

- die Betrachtung aller Fragestellungen politischer Bildung unter einer europäischen und internationalen Perspektive,
- die Bereitstellung von geschützten Räumen für die Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft,
- die Stärkung des Ansatzes von Diversität, Mehrfachzugehörigkeit und Weltoffenheit, →

- die Verortung der Arbeit im Wirkungszusammenhang europäischer und internationaler Entwicklungen,
- die stärkere Sichtbarmachung von Wirkungen internationaler Bildungs- und Begegnungsarbeit sowie die Verbreitung internationaler Expertise, Fachkenntnisse und Erfahrungen.

Die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung durch politische Bildung und Positionierung im aktuellen gesellschaftlichen Diskurs

Die Zahl der aktiven Bürger*innen, die sich on- und offline an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen, ist in den letzten Jahren gestiegen, was im demokratischen Sinne zu begrüßen ist. Dass eine Vielzahl der Menschen sich „jedoch für politische Ziele einsetzen, die von einer demokratischen politischen Bildung nicht geteilt werden“ (Oeftering 2019, S. 18), ist eine der großen Herausforderungen für die demokratische, an Menschenrechten orientierte politische Bildung. „Mit diesem Faktum muss sich die politische Bildung befassen. Notwendig erscheint eine

Bildungsstätten: Sie öffnen sich in den Sozialraum, gewinnen neue Kooperationspartner, reagieren mit mobilen Formaten auf veränderte Bedürfnisse, gehen raus aus dem umbauten Raum und schaffen neue Bildungsorte.

Reflexion der normativen Grundlagen politischer Bildung und damit verbunden die Frage, ob es aus Sicht der politischen Bildung so etwas wie ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Partizipation gibt und anhand welcher Maßstäbe dies zu begründen wäre.“ (Ebd.) Darüber einen übergreifenden Diskurs zu initiieren, kann und sollte Aufgabe eines solchen Netzwerks, wie es der AdB ist, sein. Der AdB kann Routinen für den bundesweiten Austausch schaffen, auch über das engere Netzwerk hinaus. Dieser Austausch hat das Ziel, sich der eigenen Prämissen zu vergewissern, die eigene Position zu stärken, kleineren Trägern, die nicht in einem bundesweiten Verbund agieren, den Rücken zu stärken, die Menschen aufzurütteln und die Gegenstrategien gegen Rechtspopulismus zu stärken.

Der AdB ist ein starkes unabhängiges Netzwerk, das es in einem vielfältigen Umfeld schafft, gesellschaftlichen Diskussionen Raum zu geben und als Moderator in diesem Prozess zu agieren.

Qualitätsentwicklung und Professionalisierung

Mit all den vorgenannten Aufgabenfeldern eng verbunden ist die Herausforderung der permanenten Qualitätsentwicklung (sowohl was die Praxis politischer Bildung als auch ihrer Rahmenbedingungen betrifft) sowie der Professionalisierung des Berufsfeldes politischer Bildung insgesamt. Hier gilt es, eng mit Wissenschaft und Forschung zusammenzuarbeiten, den Austausch zwischen Theorie und Praxis auf allen Ebenen zu bestärken, durch Fort- und Weiterbildung sowie durch innerverbandliche und verbandsübergreifende Diskussionen Wegmarken zu setzen. Wichtiges Ziel ist es dabei, auch neue, demokratisch agierende Träger und Akteure mitzunehmen und eng in die Diskurse einzubinden.

Wie geht es weiter?

Was ist zu tun? Was schreibt sich der AdB auf die Geburtstagswunschlische?

Der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen haben sich auf den Weg gemacht und einen Strategieprozess gestartet. Es werden Bestandsaufnahmen – gerade auch mit Blick auf die obenstehenden Aufgabenfelder – gemacht und Themenfelder definiert, in denen die Beteiligten die drängendsten Zukunftsaufgaben sehen. Diesem Prozess konnte hier nicht vorgegriffen werden, aber es konnte ein (subjektives) Bild eines Fachverbands politischer Jugend- und Erwachsenenbildung gezeichnet werden, der seine Verantwortung in der Gesellschaft wahr- und ernst nimmt, der gerade angesichts der aktuellen Angriffe auf die an demokratischen Werten und Menschenrechten orientierte politische Bildung – sei es in schulischen oder außerschulischen Kontexten – Stärke zeigt, Unterstützung und Orientierung gibt sowie Position beziehen will. In der Standortbestimmung „Politische Bildung im AdB für Vielfalt und gegen Ausgrenzung“ (AdB 2018) wird sichtbar, in welcher Weise der AdB „... Angriffe rechtspopulistischer/extremer Parteien und Gruppierungen gegen einzelne Mitgliedseinrichtungen, die Mitarbeiter*innen und Funktionsträger*innen solidarisch ...“ abwehren kann (ebd.).

Darüber hinaus ist es heute wichtiger denn je, dass die politische Bildung Unterstützung durch politische Entscheidungsträger*innen erfährt, sowohl durch das

Wahrnehmen und die Wertschätzung der Bildungsarbeit, als auch durch die Förderung der bestehenden und weiter auszubauenden Strukturen. Dies ist eine Investition in die Zukunft unserer Demokratie.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 3/2019

Zum Autor / zu den Autorinnen



Ulrich Ballhausen, Vorsitzender des AdB-Vorstands. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie der Leibniz Universität Hannover. Lehrbeauftragter im Bereich Politische Bildung an der Universität Wien und der Hochschule Koblenz.

ballhausen@idd.uni-hannover.de



Ina Bielenberg hat Geschichte, Politik und Sozialwissenschaften studiert (M.A.). Von 1992 bis 2006 war sie in der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) tätig, zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin und später als stellvertretende Geschäftsführerin. Seit 2007 ist sie Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

bielenberg@adb.de



Dr. Friedrun Erben ist seit 2013 Referentin für Kommunikation und Medien beim Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. und Redakteurin der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung“.

erben@adb.de

Literatur

AdB (Hrsg.) (2015): Die qualitative Vertiefung wagen! Zur Weiterentwicklung der europäischen und internationalen politischen Bildungsarbeit im AdB; www.adb.de/content/adb-stellungnahme-weiterentwicklung-europaeische-und-internationale-bildungsarbeit (Zugriff: 23.05.2019)

AdB (Hrsg.) (2018): Standortbestimmung: Politische Bildung im AdB für Vielfalt und gegen Ausgrenzung; www.adb.de/stellungnahme/standortbestimmung-politische-bildung-im-adb-fuer-vielfalt-gegen-ausgrenzung (Zugriff: 23.05.2019)

Bildungsminister der Europäischen Union (2015): Pariser Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung; www.kmk-pad.org/fileadmin/Dateien/download/v_na/10_EU_Schlusseldokumente/Pariser_Erklärung_EU_Bildungsminister_2015.pdf (Zugriff: 06.03.2019)

DARE (Hrsg.) (2018): Demokratie und Menschenrechte in Gefahr: Die Wirkung von Rechtspopulismus, Fake News und Radikalisierung auf politische Bildung mit jungen Menschen; www.adb.de/download/doc1/DARE_PolREC_STEPS_2018%20DE.pdf (Zugriff: 06.03.2019)

Oeftering, Tonio (2019): Politische Bildung und öffentlicher Raum. Eine theoretische Bestimmung von Politik und politischer Bildung. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der Jugend- und Erwachsenenbildung, Ausgabe 1/2019, S. 17–22